

# Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr



Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr  
Postfach 22 12 53 • 80502 München .....  
E-Mail  
Regierung von Schwaben  
86145 Augsburg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen  
StMB-24-4107-9-81-1

Bearbeiterin  
Frau Römer

München  
20.03.2025

Telefon  
(089) 2192 3452

E-Mail  
anne.roemer@stmb.bayern.de

## **Bitte um Durchführung eines aufsichtlichen Gesprächs mit der Stadt Füssen - "Mobilfunk-Moratorium"**

### Anlage(n)

E-Mail Stadt Füssen vom 30. Oktober 2024 - Beschlüsse "Mobilfunk-Moratorium"

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen einer Landtagseingabe hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr davon Kenntnis erlangt, dass der Stadtrat der Stadt Füssen Ende Oktober 2024 ein sog. „Mobilfunk-Moratorium“ beschlossen hat. Die E-Mail mit der Information über die gefassten Beschlüsse, die uns das Landratsamt Ostallgäu übersandt hat, übermitteln wir anliegend.

Die Beschlüsse begründet die Stadt insbesondere mit Zweifeln an den in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BIm-SchV) festgelegten Grenzwerten. Im dritten beschlossenen Antrag wird das Landratsamt Ostallgäu zu einem sog. „Ausbau-Moratorium“ aufgefordert: Das Landratsamt soll bis auf Weiteres keine Bauanträge zu neuen Mobilfunkmasten im Gebiet

der Stadt Füssen genehmigen. Dies soll solange gelten, bis die vom Oberverwaltungsgericht Koblenz angeforderte Überprüfung bzw. Neubewertung der Grenzwerte, die für den Mobilfunk gelten, erfolgt ist.

Dieser Beschluss verstößt gegen geltendes Recht. Das Landratsamt kann der im „Mobilfunk-Moratorium“ der Stadt Füssen enthaltenen Aufforderung bereits aus rechtlichen Gründen nicht nachkommen, denn der Bauherr hat nach Art. 68 Abs. 1 Satz 1 Bayerische Bauordnung einen Anspruch auf Erteilung der Baugenehmigung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Dies ist Ausfluss des Eigentumsgrundrechts, Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz.

Darüber hinaus ist die von einer Mobilfunkanlage ausgehende Strahlung ohnehin nicht Gegenstand der Prüfung im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren. Die Einhaltung der in der 26. BImSchV festgelegten Grenzwerte wird in einem eigenen Verfahren von der Bundesnetzagentur in einer Standortbescheinigung bestätigt. Die Versagung einer Baugenehmigung aufgrund der Nichteinhaltung oder begründeter Zweifel an diesen Grenzwerten ist bereits aus diesem Grund nicht möglich. Bei dem von der Stadt Füssen in Bezug genommenen Beschluss des OVG Koblenz vom 4.4.2024 (Az. 1 A 10814/23.OVG) handelt es sich um eine Zurückweisungsentscheidung. Das OVG hat in diesem Beschluss nicht festgestellt, dass sich die Grenzwerte der 26. BImSchV als unzureichend erweisen. Dies hat auch das zuvor befasste VG Mainz, das über eine Klage gegen eine von der Bundesnetzagentur erteilte Standortbescheinigung für einen Mobilfunkmast zu entscheiden hat, nicht getan. Es ist auch nicht zu erwarten, dass das VG Mainz eine solche Feststellung nach der Zurückweisung treffen wird.

Bei Einhaltung der Grenzwerte ist nach dem Bundesamt für Strahlenschutz nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auch bei Dauereinwirkung gewährleistet. Gründe dafür, dies anzuzweifeln, bestehen nicht.

Die Regierung von Schwaben wird daher gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Füssen sich dem geltenden Recht gemäß verhält. Das Landratsamt Ostallgäu geht zwar zu Recht davon aus, dass das sog. „Mobilfunk-Moratorium“ keine rechtliche Wirkung hat. Nichtsdestotrotz ist der Beschluss der Stadt öffentlichkeitswirksam und führt bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Unmut gegenüber dem Landratsamt und zu dem Missverständnis, dass Bauanträge für Mobilfunkmasten

nicht mehr verbeschieden werden dürfen. So moniert etwa der Petent in o.a. Landtagseingabe, dass das Landratsamt über einen Bauantrag für einen Mobilfunkmast trotz beschlossenenem „Moratorium“ der Stadt Füssen entscheidet. Ferner bitten wir das Landratsamt Ostallgäu darauf hinzuweisen, dass eine mit dem Stadtratsbeschluss begründete Verweigerung des Einvernehmens rechtswidrig ist und eine Ersetzung des Einvernehmens schon aus Haftungsgründen erfolgen muss.

Darüber hinaus ist der Mobilfunkausbau ein wichtiges Anliegen des Freistaats Bayern. Trotz klarer Rechtslage und gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse betreffend die von Mobilfunkmasten ausgehende Strahlung müssen vor Ort immer wieder Bedenken ausgeräumt und um Akzeptanz geworben werden. Rechtswidrige Beschlüsse wie das sog. „Mobilfunk-Moratorium“ erschweren dies maßgeblich.

Wir bitten darum, zu gegebener Zeit über die getroffenen Maßnahmen unterrichtet zu werden.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erhält eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kraus  
Leitender Ministerialrat